



Liebe Leserinnen und Leser,

seit der Wiedervereinigung haben die Menschen in unserem Land eine Gegenwart geschaffen, die viele nach den Jahrzehnten der brutalen Teilung nicht für möglich hielten. Deutschland steht so stark, so wettbewerbsfähig und so innovativ da wie kaum zuvor. Aktuelle Untersuchungen belegen den eindrucksvollen Erfolg der wirtschaftlichen Erholung in den neuen Ländern.

In dieser Sitzungswoche haben wir uns u.a. mit dem Stand der Deutschen Einheit befasst. Die Erfolge können sich sehen lassen. Der entsprechende Bericht unterstreicht: Ein Vierteljahrhundert nach dem Mauerfall ist die Lebensqualität in Ost- und Westdeutschland weitgehend angeglichen, die Infrastruktur ist modernisiert und die ostdeutsche Wirtschaft steht auf einem soliden Fundament.

Aktuelle Zahlen der KfW belegen, dass es in den neuen Ländern in den Jahren seit 1989 zu einer vergleichbaren Entwicklung gekommen ist wie in den 1950er und 60er Jahren in der alten Bundesrepublik – der Zeit des Wirtschaftswunders. Dieses erste Vierteljahrhundert des wiedervereinigten Deutschlands eine gute Gelegenheit, anerkennend auf die Leistung der Menschen zu blicken, die dies möglich gemacht haben.

Selbstverständlich darf diese positive Bilanz keineswegs darüber hinwegtäuschen, dass es noch Einiges zu tun gib – etwa bei der Stärkung der Wirtschaftskraft, bei der Angleichung der Einkommen und damit der Renten sowie bei den Beschäftigungszahlen. Es gilt also, nach den Feierlichkeiten zur Deutschen Einheit und zum Mauerfall: Anpacken!

Mit freundlichen Grüßen
Ihr

Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



KURZ UND BÜNDIG

- 1.10.** Bürgergespräch über TTIP und Fracking
- 1.10.** Gespräch beim Seniorenkreis Gardessen
- 2.10.** Jubiläumsveranstaltung 150 Jahre IHK Braunschweig
- 4.10.** Erntedankstand
- 6.10.** Fachgespräch über Betriebliches Gesundheitsmanagement mit der Betrieblichen Krankenversicherung
- 9.10.** Fachgespräch über Arbeitsmarktpolitik mit der HAYS AG
- 9.10.** Parlamentarischer Abend der Allianz für die Region GmbH

DABEI SEIN – TERMINE

- 11.10.** Herbstfest in Cremlingen
- 11.10.** Erntedankfest des CDU-Kreisverband, Frauenunion und die Seniorenunion für Ü60er

Einer von uns in Berlin Sitzungswoche vom 6. bis 10. Oktober

Fünfundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes.

Wir stellten die wesentlichen Veränderungen in erster Lesung vor, die sich aus den Beratungen mit den Ländern ergeben haben. Von zentraler Bedeutung ist, dass der Bund ab dem 1. Januar 2015 die Kosten für das BAföG vollständig übernehmen und die Bedarfssätze zeitnah, schon 2016, erhöhen wird. Diese Erhöhung ist laut BAföG-Bericht sinnvoll, um die Höhe der BAföG-Sätze wie schon 2008 und 2010 an die allgemeine Preisentwicklung anzupassen. Außerdem sollen mit dem Gesetz die Regelungen und Höchstsätze der Hinzuverdienstgrenze angepasst werden.

Die Länder haben sich dabei verpflichtet, die frei werdenden Mittel in Milliardenhöhe vollständig zugunsten von Schule und Hochschule einzusetzen. Unionsgeführte Länder wie Hessen haben dies schon konkretisiert und zugesagt, dass die freiwerdenden BAföG-Mittel den Universitäten des Landes zugutekommen werden.

Neuntes Gesetz zur Änderung des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes.

In erster Lesung berieten wir die Neuregelung des Verfahrens für die Wahl der durch den Bundestag zu berufenden Bundesverfassungsrichter. Im Wesentlichen ist dies die

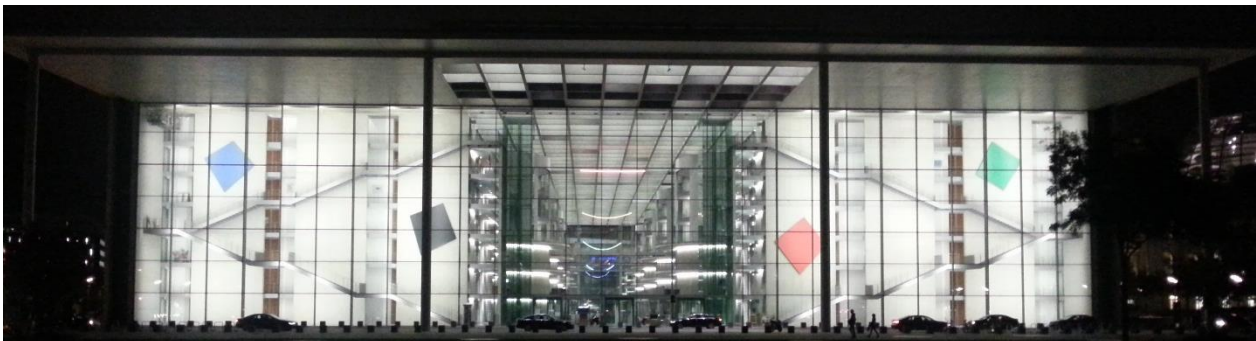
Übertragung der Wahlzuständigkeit von einem Wahlausschuss auf das Plenum des Bundestages. Der Ausschuss wird weiterhin bestehen bleiben und die Aufgabe übernehmen, dem Plenum Wahlvorschläge zu unterbreiten.

Gesetz zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) und des Sozialgerichtsgesetzes.

Mit der Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes setzen wir eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes um und ergänzen dies um Vereinbarungen mit den Ländern im Zuge der Neuregelung der sicheren Herkunftsstaaten. Im Wesentlichen wird der Sachleistungsvorrang verändert, der nach diesem Gesetzentwurf nun auf die Unterbringung in Erstaufnahmeeinrichtungen beschränkt bleibt. Im Anschluss an die Aufnahmephase soll künftig ein Vorrang für Geldleistungen gelten. Mit der ersten Lesung dieses Änderungsgesetzes machen wir zugleich deutlich, dass es keine komplette Aufhebung des AsylbLG gibt.

Moderne Netze für ein modernes Land - Schnelles Internet für alle.

Der Antrag der Fraktionen von CDU/CSU und SPD unterstreicht die große Bedeutung eines flächendeckend verfügbaren schnellen Internetzugangs für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation in Deutschland. Er zielt auf die Hebung von Synergieeffekten zur Kostensenkung beim Ausbau der



Das Paul-Löbe-Haus ist auch bei Nacht ein toller Anblick. Hinten rechts: Das Reichstagsgebäude.



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



Breitbandinfrastruktur, etwa in der Erleichterung der Mitnutzung von anderen Netzinfrastrukturen. Auch die konsequente und rasche Nutzung freiwerdender Funkfrequenzen für mobile Breitbandzugänge wird als Ziel genannt. Dass es eines Ausbaus und der effizienteren Nutzung der Fördermittel für unterversorgte Gebiete bedarf, wird ebenfalls klargestellt. Schließlich regt unser Antrag eine bessere Abstimmung von Bund, Ländern und Kommunen mit dem Ziel der Verbesserung der Breitbandversorgung an.

Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91b). Mit der in erster Lesung diskutierten Änderung von Artikel 91b des Grundgesetzes streben wir den Wegfall des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Ländern in Hochschulfragen an. In Fällen von überregionaler Bedeutung soll es dem Bund

zukünftig möglich sein, Hochschulen auch institutionell und nicht nur im Rahmen von Sonderprogrammen zu fördern. Auf die alleinige Zuständigkeit der Länder im Schulbereich hat dies keine Auswirkungen.

Senioren-Union Salzgitter besucht Bundestag. „Wir wollen uns das politische Geschehen in Berlin mal aus der Nähe ansehen“, so begründete Hans Versteegen von der Senioren-Union aus Salzgitter. Nach einem Gespräch übergaben mir meine Gäste eine Unterschriftenliste, um das Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb dahingehend zu erweitern, dass sexistische Werbung verboten wird. Diese schicke ich auf ihr Bitten gerne an den Bundesjustizminister. Zusammen mit einer Führung durch das Reichstagsgebäude und dem Besuch der Reichstagskuppel hatten meine Gäste hoffentlich einen Tag voller neuer Eindrücke.



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



CDU

Mittendrin im Wahlkreis 49 29. bis 5. Oktober

Tag der Deutschen Einheit.



„Vereint in Vielfalt“ das war das Motto der Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober in Hannover, an dem ich mit meinen Fraktionskollegen aus Niedersachsen teilnahm. Im Mittelpunkt stand die Erinnerung an „25 Jahre Freiheit und Einheit“.

Die offiziellen Feierlichkeiten begannen mit einem ökumenischen Gottesdienst in der Marktkirche. Unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel hielt anschließend die Festrede im Hannover Congress Center. „Ich empfinde tiefe Freude, dass wir gemeinsam den Tag der Deutschen Einheit feiern als Bürgerinnen und

Bürger eines deutschen Staates“, so die Bundeskanzlerin. Die mutigen Bürger der DDR und die Diplomatie haben die Wiedervereinigung ermöglicht. Der 3. Oktober ist ein Tag an dem wir uns freuen dürfen, ohne die Geschichte zu vergessen.

Zum Schluss, und dieses Mal das Letzte

Einsatz von Apps und Sicherheit im Unternehmen. „60 Prozent der beliebtesten kostenlosen iOS-Apps eignen sich nicht für den Einsatz beispielsweise auf Diensthandys“, so das Fraunhofer-Institut für Sichere Informationstechnologie (Fraunhofer SIT) auf Basis einer eigenen Testreihe. Dabei kam heraus, dass die App-Entwickler bei etwa 25 Prozent absichtlich auf Schutzfunktionen verzichteten. Der Leiter des Testlabors für Mobile Sicherheit des Fraunhofer SIT, Jens Heider: „Dadurch können versierte Angreifer zum Beispiel PINs ausspionieren und im Falle von Banking-Apps auch finanziellen Schaden anrichten.“ Darüber hinaus sendeten 12,5 Prozent der Apps Nutzungsdaten an Unternehmen, ohne dass diese etwas mit der App-Funktion zu tun hätten. Datenschutz und Datensicherheit sehen anders aus.



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de

